



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 10.03.2008

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:55 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele	ab TOP 3
Herr Stadtrat Aßfalg	
Herr Stadtrat Braig	
Herr Stadtrat Brenner	
Frau Stadträtin Brunner	
Frau Stadträtin Buttschardt	
Herr Stadtrat Deeng	
Frau Stadträtin Drews	
Herr Stadtrat Dullenkopf	
Herr Stadtrat Etzinger	
Frau Stadträtin Förg	
Herr Stadtrat Funk	
Herr Stadtrat Garlin	
Herr Stadtrat Gehring	
Frau Stadträtin Goeth	
Herr Stadtrat Hagel	
Frau Stadträtin Handtmann	
Herr Stadtrat Herzhauser	
Frau Stadträtin Kapfer	
Herr Stadtrat Keil	
Herr Stadtrat Kolesch	ab TOP 3
Frau Stadträtin Kübler	
Herr Stadtrat Lemli	
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding	
Herr Stadtrat Pfender	
Herr Stadtrat Späh	
Frau Stadträtin Vollmer	
Herr Stadtrat Weber	ab TOP 5
Herr Stadtrat Wiest	

entschuldigt:

Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Rieger
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Kulturdezernent Dr. Biege
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait ab TOP 3
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt TOP 3 - 7
Herr Bystron, Rechnungsprüfungsamt bis TOP 2
Herr Geiger, Rechnungsprüfungsamt
Herr Isenmann, Stadtwerke Biberach TOP 5 - 8
GmbH
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Kuhlmann, Stadtplanungsamt bis TOP 7
Frau Leonhardt, Kämmereiamt ab TOP 5
Herr Maucher, Umweltschutz TOP 5 + 6
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg bis TOP 5
Herr Bürgermeister Ogertschnig
Herr Simon, Hauptamt
Herr Strecker, Wirtschaftsförderung
Herr Urbano, Stadtwerke Biberach GmbH TOP 5 - 8
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Gäste:

Frau Engler, Jugend Aktiv TOP 5 + 6
Herr Dr. Gemmer TOP 5 + 6
Herr Munz, Architekturbüro JKLM TOP 5 - 8

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Neubestellung des Gutachterausschusses	16/2008-1
3.	Personalausstattung des Wieland-Museums/-Archivs	38/2008-1
4.	Wiederbesetzung der Stelle "Leitung Hochbauamt"	36/2008
5.	Bebauungsplan "Pfluggasse/Bachgasse"	39/2008
	a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange	
	b) Billigung des Regelwerkentwurfes	
6.	Abenteuerspielplatz Biberach	185/2007, 185/2007-1 + 185/2007-2
7.	Aufstellung des Bebauungsplanes "Zeppelinring Ost I" und Erlass örtlicher Bauvorschriften	34/2008
8.	Kostenzusammenstellung Neubau Hallensportbad	25/2008
9.1.	Verschiedenes: Hunde-WCs	
9.2.	Verschiedenes: Stellplatzablösungen	
9.3.	Verschiedenes: Landeszuschüsse für Kanalsanierungen	
9.4.	Verschiedenes: Papier- statt Plastiktüten	

Die Mitglieder wurden am 28.02.08 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen.
Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 07.03.08 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Bauvorhaben Hiller, Pfluggasse

Herr Hagen Vollmer bringt vor, in der Pfluggasse entstehe ein dreigeschossiger Neubau. Es werde erklärt, dass dies der umgebenden Bebauung entspreche. Die aktuelle Geschosshöhe sei jedoch nicht mit der alter Gebäude zu vergleichen, die eine niedrigere Deckenhöhe gehabt hätten. Er fragt, ob dies endlos aufgebaut werden könne und wie man unterschiedliche Geschosshöhen beurteile.

Ferner fragt er, wie die Stadtplanung Einfluss auf Material und Qualität von Neubauten nehme. Zwar seien nicht viele alte Häuser qualitativ hochwertig, sie seien aber Ausdruck handwerklicher Arbeiten. Heute sei aufgrund der Technik alles möglich. Seines Erachtens entstehe in der Pfluggasse keine moderne Architektur.

BM Ogertschnig antwortet, die Zahl der zulässigen Vollgeschosse beziehe sich auf die in der Umgebung vorhandenen. Die Vorlage zum Bebauungsplan „Pfluggasse/Bachgasse“ gebe zu dieser Frage Auskunft. Es sei die richtige Abwägung in der Dimension der Gebäude anhand der Traufhöhe getroffen worden.

Ein Bebauungsplan setze keine Materialien fest. Man erwarte, dass ein neuzeitliches Bauwerk entsprechend der Vorgaben der Sanierung entstehe. Es solle als Gebäude der heutigen Zeit erkennbar sein. Hierzu seien unterschiedliche Meinungen möglich. Dies müsse im weiteren Baugenehmungsverfahren entschieden werden.

Sanierungsgebiet Ost

Herr Vollmer erkundigt sich nach dem weiteren Verfahren für das Sanierungsgebiet Ost und fragt, wann Bebauungspläne fortgeschrieben würden.

BM Ogertschnig lässt wissen, hausintern existierten Rahmenpläne für Teile des Gebiets. Wenn sich eine Entwicklung abzeichne, müsse man überlegen, ob man Bebauungspläne auf Grundlage einer Mehrfachbeauftragung entwickle. Man wolle keine flächendeckenden Bebauungspläne über die Altstadt erstellen, da Bebauungspläne statisch seien und in der schnelllebigen Zeit problematisch werden könnten.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 16/2008-1 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 03.03.08.

OB Fettback macht darauf aufmerksam, dass es sich beim Gutachterausschuss um ein unabhängiges Gremium handle. Man habe das Thema ausführlich im Hauptausschuss diskutiert.

StR Funk meint, dies sei eine äußerst wichtige Einrichtung, was eine verantwortungsbewusste Entscheidung erfordere. Es sei der FDP zu verdanken, dass dem Gremium keine Gemeinderäte mehr angehörten. Man sei verantwortlich für die Bestellung, bei der es sich eindeutig um eine Wahl handle, was die Kenntnis der Personen erforderte. Da dies nicht gegeben sei, werde sich die FDP enthalten. Man werde mit Herrn Joggerst ein Gespräch führen.

OB Fettback hält entgegen, der stellvertretende Vorsitzende, Herr Woitun, sei im Hauptausschuss gewesen und das Gremium sei mit dem Vorschlag überwiegend einverstanden gewesen.

OV Meier lässt wissen, die als Vertreter der Finanzverwaltung genannten Personen übten nicht die genannte Stellung aus.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 2 Enthaltungen (StRe Braig, Funk) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Nachstehende Personen werden in ihrer aufgeführten Funktion als Gutachter bestellt:

Name	Beruf	Funktion
Joggerst, Reiner	Architekt	Vorsitzender
Woitun, Rainer	Architekt	Stellvertretender Vorsitzender und Gutachter
Jans, Thomas	Architekt	Gutachter
Nestle, Rüdiger	Volkswirt	Gutachter
Singer, Simone	Architektin	Gutachter
Zoller, Roland	Architekt	Gutachter

Als Vertreter des Finanzamts:

Hutzel, Hermann	Leiter der Bewertungsstelle	Gutachter
Ganser, Ute	Sachbearbeiterin Einheitsbewertung	stellv. Gutachter

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 38/2008-1 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback lässt wissen, man wolle höchste Kraft in die Stiftung stecken, damit sie möglichst schnell ihre Arbeit aufnehmen könne.

Herr Dr. Biege führt aus, im April 2008 würden es 17 Jahre, dass er vom Gemeinderat gewählt worden sei und in seiner Bewerberrede Wieland zitiert habe. Das Zitat entstamme einem Brief Wielands, in dem er seine Ratskollegen als Hottentotten bezeichnete. Der Gemeinderat beweise Mut, das Thema Wieland endlich zu klären, wofür er ihm Respekt zolle. Teils sei man umgelenkt und beflügelt worden durch den Aufstand, der zu einer Wieland-Lobby geführt habe. Man habe auf ein sich offenbarendes Bedürfnis Antworten gefunden, der Gemeinderat habe sich an die Spitze der Bewegung gesetzt und das Ziel, die Zukunft Wielands zu gestalten und langfristig zu sichern.

StR Dullenkopf meint, es handle sich um einen unspektakulären Gemeinderatsbeschluss, da man bereits im Rahmen der Haushaltsplanberatungen signalisiert habe, entsprechend vorzugehen. Man habe die Stellen nur nicht in den Stellenplan aufgenommen. Mittelfristig gehe man davon aus, dass die Wieland-Stiftung die notwendigen Personalausgaben bezahle. Die Aufgabenbeschreibung rechtfertige den geforderten Personalansatz und Stellenumfang. Man hoffe auf qualifizierte Bewerber. Die finanzielle Situation der Stiftung müsse im Detail besprochen werden, wenn man die Satzung verabschiede.

StRin Kübler meint, es werde ein Schritt vollzogen, der aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses, das Archiv in Biberach zu belassen, notwendig werde, wolle man den Geist Wielands nicht ausbremsen. Die dargelegte Ausstattung sei erforderlich und die Mittelbereitstellung zeige, dass der Gemeinderat seine Hausaufgaben gemacht habe. Dass diese Personalausstattung unumgänglich sei, habe die SPD-Fraktion gleich erkannt und zum Haushalt 2006 gefordert, diese vorzusehen. Dass dies nun umgesetzt werde sei erfreulich. Man stimme vor der Stiftungsgründung zu, um auch Frau Ottenbacher die Möglichkeit zu geben, die Aufgaben endlich übergeben zu können. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit der Aufgaben solle die Stiftung gegründet werden. So sei beispielsweise vorstellbar, Wieland in Lehrpläne einzubinden. Letztlich erhoffe man sich eine Entlastung des städtischen Haushalts. Die SPD-Fraktion stimme zu.

StRin Vollmer dankt für die Vorlage und signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler. Man habe den Wunsch, dass die Stiftung gegründet werde, solange Herr Dr. Biege noch im Amt sei. Es sei schön gewesen zu erleben, wie gut der Tag der Archive von den Bürgern besucht gewesen sei. Die Aufgabe sei auf einem guten Weg und es sei wichtig, dass der städtische Haushalt nach der Stiftungsgründung nicht mehr belastet werde.

StR Gehring signalisiert die Zustimmung der Grünen. Der Beschluss sei die Konsequenz aus der Entscheidung, Wieland in Biberach zu belassen. Man hoffe auf eine baldige Stiftungsgründung. Das Personal sei dringend erforderlich und das Stellenprofil spannend.

Auch die FDP wird laut StR Funk zustimmen. Die Finanzierung müsse schnell über die Stiftung erfolgen und die Nachhaltigkeit sichergestellt werden.

OB Fettback spricht Frau Ottenbacher großen Dank für das von ihr Geleistete aus. (Applaus)

Herr Dr. Biege lässt noch zum Verfahren wissen, im Falle der Zustimmung erfolge unmittelbar die Ausschreibung auf Basis von Ziffer 1 des Beschlussantrags. Der Ausschreibungstext werde vom Wissenschaftsrat gegengelesen. Man wolle deutlich darauf abheben, dass nachher die Stelle einer Geschäftsführung der Stiftung auszufüllen sei. Die Entscheidung solle dann im Hauptausschuss ohne Kandidatenvorstellung erfolgen. Für die halbe Stelle habe man eine Auszubildende vorgesehen, die bei der Stadtbücherei sei und im Archiv schon jetzt aushelfe. Sie solle zu 50% versetzt werden.

OB Fettback verdeutlicht, falls der Gemeinderat andere Vorstellungen habe, erbitte man ein Feedback.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Das Wieland-Museum (Wieland-Archiv, Wieland-Schauraum, Wieland-Gartenhäuser) erhält eine Personalausstattung, die der Aufgabe angemessen ist.

- 1. Die Stelle der Museumsleitung wird wiederbesetzt. Der Beschäftigungsumfang beträgt künftig 100 %. Die undotierte 50 % Stelle im Stellenplan 2008 wird überplanmäßig auf 100 % angehoben und entsprechend dotiert. Das Stellenprofil erfordert einen akademischen Hintergrund (möglichst germanistische Promotion mit ausgewiesenem literarhistorischen Schwerpunkt auf dem 18. Jh.) mit zusätzlichen Anforderungen (Fähigkeiten im Kultur- oder Stiftungsmanagement, Museumserfahrung, Öffentlichkeitsarbeit, gute Kenntnisse im Umgang insbesondere mit elektronischen Medien und Kontaktfähigkeit) – Entgeltgruppe 12 TVÖD.**
- 2. Zur Unterstützung der Museumsleitung wird im Stellenplan 2008 überplanmäßig eine Bibliotheksassistentenstelle im Beschäftigungsumfang 50 % geschaffen. – Entgeltgruppe 8 TVÖD.**
- 3. Die Ausschreibung erfolgt baldmöglichst. Die Bewerber werden auf den baldigen Übergang des Vertragsverhältnisses in eine Stiftung hingewiesen.**
- 4. Die erforderlichen Haushaltsmittel werden überplanmäßig auf HHSt. 1.3212.400000 bereitgestellt. Haushaltsmittel stehen durch die Deckungsreserve zur Verfügung. Der Sperrvermerk wird aufgehoben.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 36/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 03.03.08.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Stelle „Leitung Hochbauamt“ wird baldmöglichst öffentlich ausgeschrieben.**
- 2. Der Ausschreibungstext (s. Anlage zu Drucksache Nr. 36/2008) wird gebilligt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 39/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 28.02.08.

OB Fettback bezeichnet die Altstadt als Perle, die aber nicht von sich aus lebe, sondern man müsse ihr Lebendigkeit ermöglichen. Insgesamt könne man eine sehr positive Entwicklung verzeichnen und es sei zu begrüßen, dass Investoren bereit seien, ein Dienstleistungsangebot in der Innenstadt zu ermöglichen.

BM Ogertschnig führt aus, die letzten 30 Jahre habe man die Sanierung annähernd kontinuierlich durchgesetzt. Im 19. Jahrhundert habe sich die Stadt total verändert und man habe vieles, das heute als selbstverständlich gelte, hingenommen, akzeptiert und letztlich geliebt. Biberach habe keinen Charakter wie beispielsweise Rottenburg. Man versuche, Erhaltenswertes und Denkmalsgeschütztes zu erhalten, wolle aber auch Neues wagen. Dies mache den Reiz der Altstadt aus. In der Bauleitplanung habe man bezüglich des Einzelhandels eine sehr restriktive Politik betrieben, was dazu geführt habe, dass die Innenstadt floriere. Man sei daher froh gewesen über den Wunsch von Herrn Hiller. Man habe das Vorhaben ausreichend mit den Angrenzern diskutiert und der Lösungsvorschlag berücksichtige die Interessen und Wünsche aller. Jeder könne mit der nun vorgeschlagenen Lösung zufrieden sei und man verzeichne eine insgesamt positive Entwicklung und habe einen sehr ausgewogenen Entwurf.

Herr Kuhlmann zeigt anschließend anhand einer Power-Point-Präsentation die Veränderungen des Projekts bezüglich der Kubaturen. Hierzu zeigt er verschiedene erwogene Varianten, die man ausführlich diskutiert habe. So sei teilweise die Giebelständigkeit gewechselt worden und es habe Veränderungen im Blick auf die Höhenentwicklung gegeben. Das Landesdenkmalamt habe eine Einschränkung gemacht und die Auskragung nicht als altstadttypisch bezeichnet. Die Anwohner seien schwerpunktmäßig auch für eine Variante ohne Auskragung und hätten den Wunsch geäußert, die Traufhöhe zu reduzieren. Das Vorhaben sehe nun keine Auskragung mehr vor. Zur Höhe eines Geschosses treffe die Landesbauordnung keine Festlegung. Die Fläche des Bebauungsplans sei reduziert und das südlich gelegene Areal herausgenommen worden.

StR Kolesch stellt fest, selten habe ein Bauvorhaben und ein Bebauungsplan so große Wellen geschlagen. Die Diskussion habe dem Bauvorhaben insgesamt gut getan und es sei für die CDU-Fraktion zustimmungsfähig. Er zollt der Verwaltung großes Lob. Zwar sei die Kommunikation anfangs etwas unglücklich gelaufen, daran habe sich aber ein vorbildliches Verfahren angeschlossen, das von sehr großer Offenheit und Transparenz gekennzeichnet sei. Man habe mehr als vorgeschrieben getan.

Die Innenstadt verändere sie sich zum Glück, da sie sonst sterben würde. Die Innenstadt habe sich über Jahre immer wieder verändert und sei kein Museum. Dass es hierbei zu widerstreitenden Interessen komme sei legitim. Investitionen seien gut und wichtig für die Innenstadt. Der ursprüngliche Zustand, den man über Jahre gehabt habe, sei nicht erstrebenswert. Die abgerissenen Gebäude hätten nicht unter Denkmalschutz gestanden und sich nicht durch gute Qualität ausge-

zeichnet. Der Bauherr habe sich sehr kooperativ gezeigt und man hoffe, dass das Vorhaben nun rasch durchgeführt werde. Die erfolgten Abänderungen seien positiv, auch die Höhenanpassung. Man müsse aber auch bedenken, was es bedeute, in der Innenstadt zu bauen. Dort sei immer aufgrund der Enge groß und hoch gebaut worden. Dies habe unter anderem den Nachteil, dass man keine uneinsehbaren Balkone habe. Jeder der in der Innenstadt wohne wisse dies. Dies werde jedoch durch andere Vorteile aufgewogen. Manche der vorgebrachten Einwendungen seien etwas seltsam gewesen. So beispielsweise die Berufung auf den bisherigen Bebauungsplan, der eine sehr breite Gasse vorgesehen habe, was aber nie Realität und von niemandem gewollt gewesen sei. Die Interessen der Anlieger würden mit dem jetzigen Bebauungsplan angemessen berücksichtigt. Die CDU-Fraktion werde mit einer Ausnahme zustimmen.

StR Keil bringt vor, die SPD-Fraktion sei in punkto Städtebau und Architektur teilweise sehr kritisch und äußere, wenn ihr etwas nicht passe. Dieses Vorhaben sei jedoch ausgesprochen positiv. Ein jahrzehntelanger Verfall finde ein glückliches Ende. Leerstände und ein Schandfleck würden beseitigt. Das Vorhaben füge sich in den Bestand ein. Sanierung bedeute nicht Konservierung, sondern auch den Einstieg in Pläne, die die Stadt zukunftsfähig machten. Das Projekt passe gut zu dem, was in der Altstadt schon immer vorhanden gewesen sei, nämlich Arbeitsplätze, Handelsplatz und Wohnort. Auch die architektonische Lösung sei gut. Insgesamt sei das Vorhaben altstadtgerecht und man sei froh über die zeitgemäße Architektursprache. Er dankt dem Investor für seinen Mut.

StRin Goeth meint, Investitionen seien wichtig, die Altstadt sei kein Museum und man müsse zukunftssichere Investitionen ansiedeln. Durch die engagierte Diskussion habe sich einiges bewegt. Sie lobt die Verwaltung und signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler.

StRin Brunner begrüßt die Teilung des Bebauungsplans, damit das aktuelle Bauvorhaben nicht weiter verzögert werde. Die weiteren Teile müsse man genau so gut ohne Druck bearbeiten. Eine Reduzierung der Gebäudehöhe bezeichnet sie als wichtig, damit die Pflugmälze weiterhin das höchste Gebäude im Quartier bleibe.

StR Funk führt aus, über 25 Jahre lang sei vom Baudezernat in der Pfluggasse die Giebelständigkeit der Gebäude gefordert worden. Verfolge man eine Linie, hätte es dabei bleiben müssen.

Das Sanierungsgebiet Altstadt Ost habe man vor vielen Jahren auf den Weg gebracht. Geschehen sei bislang noch nicht viel. Ursprünglich sei das Gebiet nicht aufgeteilt gewesen. Er meint, die Stadt hätte sich auch äußern müssen, wie sie mit eigenen Grundstücken im Gebiet umzugehen gedenke. Man habe erhofft, dass die Stadt sich selbst auch einbringe. Nun solle ein Bebauungsplan auf einen Bürger zugeschnitten verabschiedet werden. Es fehle eine Gesamtplanung. Der Bebauungsplan solle aber nicht an den Stimmen der FDP scheitern. Die nun vorgesehene Lösung halte man für einen gangbaren Kompromiss.

In der Vorberatung sei zugesagt worden, dass das nächste Gebäude in der Pfluggasse in Richtung Kreissparkasse als giebelständige Bebauung von der Stadt gefordert werde. Er bittet, dies zu Protokoll zu nehmen, da dies wichtig für die Gesamtplanung sei. Er **beantragt**, eine Abänderung zu Ziffer 5 des Beschlussantrags. Statt „zu einem späteren Zeitpunkt betrieben“ solle man formulieren „wird weiterbetrieben“. Die Diskussion bezeichnet er als sehr fruchtbar. Er wünscht dem Bauvorhaben alles Gute.

BM Ogertschnig lässt wissen, man werde noch einen Bebauungsplan aufstellen, solange das Sanierungsgebiet noch gelte.

OB Fettback gibt zu verstehen, man könne entsprechend dem Antrag von StR Funk beschließen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

StR Pfender bringt vor, das Engagement einer Privatperson sei positiv. Aufgabe des Gemeinderats und der Verwaltung sei es, derartiges zu begleiten und Rahmenbedingungen zu schaffen. Hierzu benötige der Gemeinderat von der Verwaltung die erforderlichen Informationen. Er habe in einer der letzten Sitzungen vor der Sommerpause 2007 bei der Verwaltung nachgefragt und sei enttäuscht bzw. verärgert über die Antwort von BM Ogertschnig gewesen. Dieser habe lapidar erklärt, alles sei bereits genehmigt und gelaufen. Durch das Engagement des Stadtforums sei Fahrt in die Sache gekommen und die Verwaltung habe sich erst aufgrund des Gegenwinds und der Unruhen in der Bevölkerung der Sache angenommen. Man müsse darauf achten, dass derartige Pannen nicht öfter passierten. Bürger fühlten sich ungenügend vertreten, wenn der Eindruck entstehe, dass die Kommunikation zwischen Verwaltung und Gemeinderat nicht optimal funktioniere. Dies würde dann häufiger zu Arbeitskreisen u. ä. führen, die zwar mit viel Engagement aber womöglich unzureichender Sachkenntnisse versuchten, ihren Interessen Geltung zu verschaffen, was nicht im Interesse der Stadt und des Gemeinwohls sein könne.

Dass verschiedene Krankheitsfälle und andere widrige Umstände zusammengetroffen seien, erkläre manches, sei aber keine Entschuldigung. Die Veränderungen hätten das Vorhaben um einiges erträglicher gemacht, er könne sich aber nicht vorstellen, dass der Baukörper passend und richtig sei. Man habe schon einige Bausünden in der Stadt und es gebe eine längere Liste weniger gelungenerer Gebäude. Aktuell sei man dabei, dieser Liste ein weiteres Objekt anzufügen. Ob es sich zur Bausünde entwickle, werde sich zeigen, sicher sei es aber kein architektonisches Highlight. Er kündigt an, sich zu enthalten.

BM Ogertschnig erwidert, er habe im Bauausschuss sicher nicht erklärt, dass die Maßnahme genehmigt sei. Er werde das Protokoll überprüfen. Auch Herrn Kuhlmann habe man derartiges schon unterstellt. Man habe dem Investor immer erklärt, dass eine Lösung nach § 34 BauGB die Gefahr beinhalte, dass das Verfahren in der Nachbaranhörung stocke. So sei dies auch eingetreten.

StR Pfender stellt klar, die Aussagen seien in der Gemeinderatssitzung im Hans-Liebherr-Saal gefallen. Er habe sich nach dem Bauprojekt erkundigt und BM Ogertschnig habe erklärt, dass keine Vorstellung im Bauausschuss oder Gemeinderat erforderlich sei, sondern die Entscheidung in der Verwaltungszuständigkeit liege.

OB Fettback widerspricht dem behaupteten Eindruck, es sei Stil der Verwaltung, den Gemeinderat nicht einzubinden. Im Gegenteil bestehe der Grundsatz, im Interesse aller eine möglichst breite Kommunikation durchzuführen.

StRin Vollmer gibt StR Pfender in gewisser Weise recht. Sie lehne die Vorlage ab, da es sich um einen Präzedenzfall für die Altstadt ohne Rücksicht auf die Altstadtsatzung handle. Die Verwaltung habe sich viel Mühe gegeben und der Investor sei auch nicht schuld. Die Altstadt müsse lebendig sein, dies gelinge aber nicht wie beabsichtigt. Sie könnte sich Wohnungen in diesem Quartier vorstellen, statt hauptsächlich Büronutzungen. Vor der Unterteilung habe es sich um einen riesigen Block gehandelt, einen Koloss in der Länge und Höhe. Es sei unverständlich, dass man

kein Lattengerüst aufgestellt habe. Ein gutes Beispiel, wie nicht gebaut werden sollte, sei auch das Biberareal.

OB Fettback erwidert, der Gemeinderat sei frei in seiner Bewertung. Die Realisierung derartiger Projekte erfolge nur, wenn man Investoren habe, was auch rentierliche Projekte erfordere. Das Areal habe lange leer gestanden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 1 Nein-Stimme (StRin Vollmer) und 1 Enthaltung (StR Pfender) folgenden

Beschluss:

- 1. Der Geltungsbereich des aus Bebauungsplan und örtlichen Bauvorschriften bestehenden Planwerkes „Pfluggasse/Bachgasse“ wird in einen südlichen, einen mittleren und einen nördlichen Bereich geteilt.**
- 2. Abweichend vom Aufstellungsbeschluss vom 22.10.2007 wird der für die Pflugmälze (Flst. Nr. 118/5 und 119/10) verbindliche Bebauungsplan Nr. 288 „Viehmarktstraße/Spital“ nicht geändert.**
- 3. Der mittlere Teil des Planwerks führt die Bezeichnung „Pfluggasse/Bachgasse I“.**
- 4. Das aus Bebauungsplanentwurf und örtlichen Bauvorschriften bestehende Planwerk „Pfluggasse/Bachgasse I“ Index 1 vom 18.02.2008 Nr. 888/11 im Maßstab 1:200 mit Textteil wird zur öffentlichen Auslegung gebilligt.**
- 5. Das Bebauungsplanverfahren für den südlichen Bereich wird weiterbetrieben.**

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlagen 1 - 3** beigelegte Drucksachen Nrn. 185/2007, 185/2007-1 und 185/2007-2 zur Entscheidung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 11.10.07. Das Jugendparlament behandelte das Thema zuletzt am 06.03.08.

Herr Dr. Gemmer erläutert, was sich seit der letzten Beratung getan habe und welche Ziele man mit dem Abenteuerspielplatz verfolge. Die Finanzierung der laufenden Kosten gelinge hoffentlich über die „Aktion Mensch“. Wann und wie lange sich die Kinder auf dem Abenteuerspielplatz aufhalten wollten, obliege ihrer Entscheidung.

Es wird applaudiert.

StR Dullenkopf bemängelt an der ersten Vorlage, dass die Grenze des Landschaftsschutzgebietes nicht eingezeichnet sei. Die Vorstellung zur Nutzungszeit durch die Kinder widerspreche der Aussage bei der Vorstellung in der Mali-Hauptschule. Es sei auch nicht richtig, dass Bau- und Hauptausschuss zugestimmt hätten, wie dies in der Schwäbischen Zeitung dargestellt worden sei. Gleiches gelte für die naturschutzrechtliche Genehmigung, die das Landratsamt mit Auflagen versehen habe. Danach müssten die Infrastruktureinrichtungen außerhalb des Landschaftsschutzgebietes untergebracht und die Einzäunung begrünt werden. Die Kostenschätzung für den Zaun und den Eingang erschienen ihm sehr niedrig angesetzt. Er fragt, wo die Parkplätze vorgesehen seien, wo die WCs und wie diese Einrichtungen gesichert würden. Er hätte dies gerne im Plan dargestellt gehabt.

Die CDU-Fraktion habe den Abenteuerspielplatz von Anfang an für gut befunden. Man habe derartiges schon vor rund 15 Jahren versucht, was aber nicht funktioniert habe. Wenn Kinder solche Angebote benötigten, weil ihre Eltern vieles nicht mehr mit ihnen unternehmen wollten, sei eine derartige Einrichtung etwas sehr Gutes. Man werde die Aktivitäten positiv begleiten, da sie auch von sehr viel ehrenamtlichem Engagement getragen seien. Dies sei Garant für einen gewissen Bestand und dann könne man es auch verantworten, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

OB Fettback bestätigt, dass noch einiges geklärt werden müsse und dies auch der Vorbehalt für die städtische Mittelbereitstellung sei. Zu den Öffnungszeiten stellt Dr. Gemmer klar, nur innerhalb der Öffnungszeiten könnten die Kinder entscheiden, wie lange und wie oft sie den Abenteuerspielplatz nutzten.

Herr Maucher zeigt am Plan die Grenzen des Landschaftsschutzgebiets und wo die Infrastruktureinrichtungen geplant sind.

StR Dr. Nuding sieht im Abenteuerspielplatz einen Baustein im Bemühen um attraktive Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche. Hier würden Weichenstellungen für Werte gelegt, die wichtig für eine funktionierende Gesellschaft seien. Vermittelt werde unter anderem Gemeinschaftssinn und damit ein Beitrag zur Erziehung und Integration geleistet. Sicher könne man auf diesem Weg verhindern, dass Einzelne in die Jugendkriminalität abrutschten. Das Geld sei daher

gut angelegt. Die relativ geringe Beteiligung der Anwohner bei der Anhörung signalisiere, dass die Einrichtung als unproblematisch eingestuft werde.

Frau Engler lässt noch wissen, es bestünden bereits Kooperationen, beispielsweise mit der Pflugschule und der Birkendorf-Grundschule. Die Öffnungszeiten seien abhängig von der Beteiligung Dritter, beispielsweise der Eltern. So sei durchaus auch eine Öffnung am Wochenende vorstellbar.

StRin Goeth führt aus, man müsse durch verkehrslenkende Maßnahmen verhindern, dass die Autos für den Hol- und Bringdienst alle ins Tal fahren. Die Freien Wähler stimmten zu.

StR Späh sieht im Abenteuerspielplatz eine wichtige Angebotsergänzung. Hier könne man soziales Miteinander lernen und nachholen, da dieses bei vielen Familien zu kurz komme. Wenn auch noch ein integrativer Nutzen verbunden sei, sei dies sehr positiv. Er dankt dem Verein für sein Engagement und signalisiert freudige Zustimmung der Grünen.

Auch die FDP wird gerne zustimmen, so StR Braig, insbesondere, da es sich um eine Privatinitiative handle. Bestehende Fragen seien im Laufe der Diskussion ausgeräumt worden. Die Kosten für den Zaun erschienen jedoch auch ihm gering.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Dem Verein Aktiv und Abenteuerspielplatz Biberach e. V. werden die beiden Grundstücke Flst. Nrn. 1028 und 1029 mit einer Gesamtfläche von 1,1 ha als Standort für einen Abenteuerspielplatz auf die Dauer von 20 Jahren verpachtet. Der Pachtzins wird stets widerruflich als Vereinsförderung der Stadt Biberach jährlich verrechnet.**
- 2. Die Erstausrüstung des Platzes wird von der Stadt Biberach übernommen. Dafür sind im Haushalt 2007 50.000 € mit Sperrvermerk veranschlagt. Einer Übertragung der Mittel mit Sperrvermerk in das Haushaltsjahr 2008 wird zugestimmt.**
- 3. Der Beschlussantrag unter 1. und eine Freigabe der Mittel haben nur dann Gültigkeit, wenn dem Trägerverein eine Finanzierung der laufenden Kosten gelingt. Darüber ist zu gegebener Zeit ein Nachweis zu führen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 34/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 28.02.08.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Für den im Lageplan des Stadtplanungsamtes vom 15.02.2008, Plan Nr. 08-006 bandiert umrandeten Bereich wird der Bebauungsplan „Zeppelinring Ost I“ gem. § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 13 a BauGB aufgestellt.**
- 2. Für das im Lageplan des Stadtplanungsamtes vom 15.02.2008, Plan Nr. 08-006 bandiert umrandete Gebiet werden aufgrund von § 74 Abs. 7 LBO örtliche Bauvorschriften erlassen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 25/2008 zur Information vor.

OB Fettback verdeutlicht, man habe höchstmögliche Transparenz versucht.

StR Abele dankt für die detaillierte Kostenaufstellung, die bereits während des Projektverlaufes wichtig sei. In der Vergangenheit sei immer wieder versucht worden, die kritische Würdigung der CDU-Fraktion als Nachtreten darzustellen, den Neubaubeschluss nicht verwunden zu haben. Dem sei nicht so. Als Begründung führt er an, dass auch Teile der CDU-Fraktion für den Neubau gestimmt hätten, auch wenn nach wie vor eine Mehrheit die Sanierung bevorzugen würde. Man habe jedoch die demokratische Entscheidung positiv begleitet und beispielsweise die Beschlüsse zum Energiekonzept mitgetragen. Dennoch habe man immer auf kritische Punkte hingewiesen, beispielsweise die Anbindung der Schulen, die fehlende Sauna, die bei einer Sanierung erhalten worden wäre, sowie die verkehrliche Anbindung. Man werde dies auch künftig tun und dies sei Teil eines demokratischen Prozesses. Er bezeichnet es als Aufgabe des Gemeinderats, die Kostenentwicklung kritisch zu hinterfragen. Man mache dies auch bei anderen Projekten in der Vergangenheit und in der Zukunft. Die Kostensteigerung für notwendige Maßnahmen betrage 3 – 4 Mio. €, die zum Zeitpunkt der Beschlussfassung nicht genannt worden seien. Er nennt die Erschließung, das Energiekonzept, die Baunebenkosten für die Bauleitung/Projektbegleitung und Folgekosten wie beispielsweise den Ersatz der Umkleiden am alten Hallenbad. Manche beurteilten dies als „Salamitaktik“. Man müsse eine Grenze ziehen und klar müsse sein, dass beispielsweise keine Sauna eingebaut werde. Gespannt sei man auf die Diskussion mit den Schulen wegen der Zubringung, deren jährliche Folgekosten ermittelt werden müssten.

Er führt aus, die Sanierungskosten hätten bei rund 4,3 Mio. € gelegen. Ein Neubau sei mit ca. 8,3 Mio. € beziffert worden, letztlich werde man aber bei 12 Mio. € oder mehr landen. Dies müsse nach Fertigstellung der Maßnahme eingehend erörtert werden.

OB Fettback referiert kurz das Verfahren und legt dar, dass man die Kosten nicht mehr mit den Sanierungskosten von 4,3 Mio. € vergleichen könne. Basis seien die Neubaukosten von 8,2 Mio. €. Er verhehle nicht, dass manches ihm keine Freude bereitet habe, beispielsweise dass die Nebenkosten nicht dargelegt worden seien. Dies sei aber bei vielen Projekten so. Man habe bei der Entscheidung auch von Nachteilen wie der schlechteren Erreichbarkeit und dass ein Grundstückstausch erforderlich sei, gewusst. Auch dass sich gewisse Nachteile für die Bewohner der Heusteige ergeben und dass ein Ersatz für die Umkleiden erforderlich sei. Letzteres erübrige sich eventuell, wenn die Veränderungen bei der Dollinger-Realschule zum Tragen kämen.

StR Lemli dankt für die Kostendarstellung und die Transparenz. Er zeigt sich froh, dass man sich nicht für eine Sanierung entschieden habe. Man könne stolz darauf sein, sich für den Neubau entschieden zu haben. Wenn alle vergangenen und zukünftigen Baumaßnahmen so verliefen, hätte man weniger Probleme. Es laufe fast optimal. Er lobt Herrn Isenmann und sein Team, die viel zu bewerkstelligen hätten, nämlich beim Neubau präsent sein und gleichzeitig das alte Hallenbad funktionstüchtig erhalten, wofür ihnen Lob gebühre. Die SPD-Fraktion freue sich auf die Eröffnung. Bürger, Schulen und Vereine bekämen ein hochwertiges, energetisch sinnvolles Hallenbad.

StRin Goeth führt aus, der Gemeinderat habe sich gezielt für eine sinnvolle Maßnahme entschieden. Beispielsweise für ein Energiekonzept, das zu Energieeinsparungen führe. Die Kosten liefen nicht aus dem Ruder. Man müsse nach vorne blicken. Die Freien Wähler seien bei der Grundsatzentscheidung gespalten gewesen und sie selbst habe gegen einen Neubau argumentiert. Inzwischen freue sie sich auf das neue Hallenbad. Man solle das Projekt positiv in die Bevölkerung tragen und nicht schlecht reden. Ein Saunabetrieb sei heutzutage keine öffentliche Aufgabe mehr, sondern ein Geschäftszweig der Privatwirtschaft.

StR Späh gibt zu bedenken, man habe auch die bewusste Verzahnung zwischen Freibad und Hallenbad gewollt. Sicher sei beim Grundsatzbeschluss nicht alles aufgezeigt worden, die Folgebeschlüsse des Gemeinderats seien jedoch sinnvoll gewesen. Als Beispiel nennt er die große Maßnahme des Blockheizkraftwerkes. Die tatsächlichen Kostenüberschreitungen seien hinnehmbar. Ein Vergleich zwischen Sanierung und Neubau sei nicht möglich. Auch er appelliert, positiv nach vorne zu schauen und das Hallenbad als guten Standortfaktor zu nutzen.

StR Funk meint, man müsse Rechenschaft gegenüber den Steuerzahlern ablegen. Am 26.07.04 habe man die Sanierung beschlossen, die einem Neubau entsprochen hätte und bei der betont worden sei, dass sie gleich lange halte wie ein Neubau. An Kosten seien 3,8 Mio. € genannt worden, zuzüglich eines Grundstückanteils. Dann sei das Bürgerbegehren wegen angeblicher Synergieeffekte gekommen, das die FDP nicht angenommen habe, da nur marginale Synergien genannt worden seien. Ein Jahr später habe man den Neubau an der Neherstraße für 8 Mio. € beschlossen. Am 17.05.05 habe der Gemeinderat einen Neubau am Standort Freibad für 7,75 Mio. € mit Sprungbecken, Cafeteria und ohne Sauna beschlossen. Die aktuelle Abrechnung nenne nun Kosten in Höhe von 11,17 Mio. €. Dabei seien Minusgrundstückskosten eingeflossen, was aus einem großen Grundstückstausch resultiere, der nur partiell etwas mit dem Neubau Hallenbad zu tun habe. Es handle sich um hochwertige Mischgebietsfläche. Er habe in seiner Rechnung 50 €/m² angesetzt und komme dann auf 12,547 Mio. €. Darin seien der Radweg und der Ersatz für die Umkleiden noch nicht erhalten, so dass man letztlich mit 13 Mio. € rechnen müsse. Dies sei dreimal so viel wie ursprünglich einmal gedacht. Zu diesem Zeitpunkt sei der Gemeinderat in Haushaltsklausur zur Rettung des Haushalts gebeten worden. Man danke der Biberacher Industrie, dass sie auch dies geschultert habe.

OB Fettback hält entgegen, 13 Mio. € stimmten nicht, da hierin einiges enthalten sei, das noch einen Gemeinderatsbeschluss erfordere.

StR Kolesch bringt vor, er verstehe bei der Diskussion nicht, warum man sich nicht über ein Projekt freuen, gleichzeitig aber Kritik äußern könne, dass die Kosten gestiegen seien. Anders als bei den IZBB-Maßnahmen, für die es letztlich eine große Mehrheit gegeben habe, sei die Hallenbadsentscheidung knapp gewesen und man habe einen ursprünglichen Beschluss verändert. Er bezeichnet es als wichtig, die Kosten für den Ersatz der Umkleiden beim bisherigen Hallenbad, die mit 350.000 € geschätzt worden seien, in die Kostenzusammenstellung aufzunehmen. Wenn sie aufgrund einer anderen Entwicklung doch nicht erforderlich würden, könne man sie in der Endabrechnung herausnehmen. Schnell aufgearbeitet werden müsse, wie die Schüler zum Hallenbad kämen und welche Folgekosten hieraus entstünden.

OB Fettback verdeutlicht, er freue sich nicht über die Diskussion, da man sich zu 90 % auf Basis von Gemeinderatsbeschlüssen befinde. Man könne auf viele Projekte zurückblicken, die sich im Laufe des Verfahrens anders entwickelt hätten. Letztlich rede man über 1 Mio. €, wobei vieles noch nicht entschieden sei, wie beispielsweise die Anbindung der Bäder. Über die Kostensteige-

rung bei der Sanierung der Stadthalle habe sich niemand entsprechend aufgeregt. Er bittet, Unmut bezüglich dieses Projektes zu vermeiden. Man werde sich weiterhin um Kostentransparenz bemühen. Man solle das Projekt annehmen und sich auf eine tolle Eröffnung freuen.

StR Lemli gibt zu verstehen, er habe mit keinem Wort Nachfragen kritisiert. Zu StR Funk, der immer auf Wahrheit poche, bemerkt er, die Debatte habe sich nicht um die Entscheidung zwischen Sauna und Sprungbecken gedreht. Die SPD-Fraktion habe sich lange für eine Sauna eingesetzt, stehe aber zu der Mehrheitsentscheidung, auf diese zu verzichten.

StR Abele stellt klar, bei der entscheidenden Vorlage, Drucksache Nr. 66/2005, sei zwischen Sanierung oder Neubau entschieden worden. In der Investitionskostenübersicht seien damals 7,7 Mio. € genannt worden für den Neubau und im Bieterverfahren sei man auf eine etwas höhere Variante mit 8,2 Mio. € gekommen. Er habe 12 Mio. € genannt, da in der Kostenzusammenstellung bestimmte Zahlen nicht enthalten seien.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 9.1 Verschiedenes: Hunde-WCs Rißinsel

StR Braig bringt vor, mehrere Anwohner hätten beklagt, dass am nördlichen Teil der Rißinsel Hundekot außerhalb der Kieswege anzutreffen sei. Er rege daher an, auch dort ein Hunde-WC aufzustellen.

TOP 9.2 **Verschiedenes: Stellplatzablösungen**

StR Kolesch bringt vor, im letzten Bauausschuss sei die rechtliche Grundlage für Stellplatzablösungen dargelegt worden. In der Schwäbischen Zeitung vom 04.03.08 sei im Landesteil ein Artikel erschienen, wonach Meßkirch 100 € Stellplatzablösesumme beschlossen habe. Wenn die Aussage des Bauverwaltungsamts im Bauausschuss richtig sei, handle Meßkirch rechtswidrig. Herr Brugger habe auch erklärt, dass keine Gemeinde mit geringeren Beträgen existiere. Man müsse daher eruieren, was mit Meßkirch geschehe und dies müsse möglichst rasch erfolgen. Da es sich um neue Tatsachen handle, behalte man sich vor, Anträge zum Thema zu stellen und gegebenenfalls auf den Erlass einer neuen Satzung für Biberach hinzuwirken.

OB Fettback lässt wissen, er habe sich mehrfach im Vorfeld mit Herrn Brugger zum Thema unterhalten. Danach müsse die Ablösesumme möglichst die Herstellungskosten abdecken. Im Zuge der Gerechtigkeit müsse man auch überlegen, was mit denen geschehe, die Stellplätze erstellt hätten.

StR Braig bringt vor, Memmingen verlange gar keine Stellplatzablösung mehr.

OB Fettback **sagt zu**, der Sache nachgehen zu lassen.

TOP 9.3 Verschiedenes: Landeszuschüsse für Kanalsanierungen

StRin Kübler bringt vor, nach einem Bericht der Schwäbischen Zeitung stelle das Land Zuschüsse für Kanalsanierungen ein. Sie fragt, ob dies Auswirkungen auf Biberach habe.

EBM Wersch verneint dies. Die Förderung erfolge nur bei bestimmten Schwellenwerten, die Biberach derzeit nicht erfülle.

TOP 9.4 Verschiedenes: Papier- statt Plastiktüten

StR Keil trägt vor, die Werbegemeinschaft biete seit kurzem eine Plastiktüte mit ansprechendem Bild an. Die Folgen von unsachgemäßem Gebrauch von Plastiktüten seien jedoch lange in der Landschaft sichtbar, da sie nicht verrotteten. Er bittet OB Fettback, gemeinsam dem Stadtmarketing bei der Werbegemeinschaft vorzusprechen, dass auf Plastiktüten zugunsten von Papiertüten verzichtet werde.

StR Kolesch lässt in seiner Funktion als Einzelhändler wissen, man habe jahrelang Papiertüten ausgegeben, nun sei jedoch glaubhaft versichert worden, dass letztlich Plastiktüten auch für die Umwelt günstiger seien. Die Papierherstellung sei sehr aufwändig und sie würden in der Regel nur einmal benutzt. Bei sachgemäßer Verwendung von Plastiktüten seien diese günstiger, da sie in der Regel mehrfach benutzt würden.

Anschließend wird die Sitzung vom 19:40 Uhr bis 19:55 Uhr zur Vesperpause unterbrochen. Daran schließt sich eine nichtöffentliche Sitzung an.

Gemeinderat, 10.03.2008, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Buttschardt
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Ogertschnig